

Forderungen der Kampagne Platzangst



1. Erhöhung der Masterplätze auf 110%

Um allen Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen einen Masterplatz zu garantieren, muss eine Erhöhung der Masterplätze auf 110% im Verhältnis zu den Bachelor-Absolvent*innen und -Absolventen stattfinden. Somit kann ein problemloser Übergang vom Bachelor in den Master für alle Studierenden garantiert werden. Um einen reibungslosen Übergang zwischen Bachelor und Master zu garantieren, reicht eine Quote von 100% nicht aus. Im Fach Psychologie ist es nicht unüblich, dass der Bachelor entweder an privaten Hochschulen, der FernUniversität in Hagen oder im Ausland absolviert wird. Um verschiedene berufliche Qualifikationen, wie bspw. die Voraussetzungen der Psychotherapie-Ausbildung zu erreichen, ist für viele Studierende ein Masterabschluss einer staatlichen Universität notwendig. Diese Forderung darf jedoch in keiner Weise dazu führen, dass die zur Verfügung stehenden Bachelor-Plätze reduziert werden.

2. Zentrales Bewerbungsverfahren AUCH für Master (ähnlich wie oder über Hochschulstart)

Um die faire Verteilung von Masterplätzen zu garantieren, müssen sich die Universitäten dazu bereit erklären, an einem zentralen, transparenten Platzvergabesystem teilzunehmen. Hierbei gibt es geregelte Fristen, an denen die Studierenden sich einheitlich orientieren können. Die unterschiedlichen Fristen, die derzeit vorherrschen, führen dazu, dass Studierende Plätze blockieren, während sie auf die Zusage von anderen Universitäten oder Hochschulen warten. Das Nachrückverfahren zieht sich oft bis in den November und stellt eine hohe psychische, logistische und finanzielle Belastung für Studierende dar.

Das zentrale Vergabesystem zeigt sich in der Bachelor-Bewerbung als äußerst hilfreich und würde auch beim Master zu einer hohen Aufwands- und Kostenersparnis führen. Die derzeitige Situation weist unnötigen bürokratischen Aufwand auf. Mithilfe eines zentralen Bewerbungsverfahrens müssen nicht alle Universitäten individuelle Bewerbungsverfahren koordinieren und Studierende können sich zentral bewerben, anstatt eine unverhältnismäßig hohe Anzahl von Einzelbewerbungen zu schreiben.

3. Zulassungsvoraussetzungen für den Master angleichen

Die Zulassungsvoraussetzungen für den Master der Psychologie müssen deutschlandweit vereinheitlicht werden. Das bedeutet, dass z.B. spezifische Kurse oder die Dauer eines Praktikums keine Voraussetzung für die Bewerbung zum Psychologie-Master sind. Jeder akkreditierte Bachelor der Psychologie, der an einer europäischen Hochschule erworben wurde, muss für jeden akkreditierten Psychologie-Master-Studiengang qualifizieren. Dies gilt explizit auch für die

Aufnahmekriterien, die private Hochschulen in Deutschland stellen. Nur so gelingt eine nachhaltige Umsetzung der Bologna-Reform.

4. Kinder und Pflegebedürftige als Härtefall-Kriterium, sodass Eltern/Pflegende in der Stadt bleiben können

Besondere persönliche Umstände, die zu einer Ortsbindung führen, müssen deutschlandweit als Härtefallkriterium gewertet werden. Derzeit erfüllen Pflegende einer angehörigen Person oder alleinerziehende Eltern nur selten ein Härtefallkriterium und haben deshalb oft geringe Chancen, an ihrer Bachelorhochschule einen Masterplatz zu erhalten. Für diese Gruppen ist ein Ortswechsel unzumutbar, weshalb diese flächendeckend in die Härtefallregelungen integriert werden müssen.

Referenzen

[1] Die Anfragen und Auskünfte der Ministerien über genaue Absolventinnen- und Absolventenzahlen werden gemeinsam mit der Pressemitteilung voraussichtlich am 01.12.2020 veröffentlicht und sind dann auf der Website des BDP-S (bdp-verband.de/bdp-s/Platzangst) abrufbar.

[2] Bothen, E., Fischer, K., John, B., Lötsch, N., Winkler, V., Sedlmeyer, P. (2011). Welche Berufschancen haben Psychologen mit Bachelor-Abschluss auf dem deutschen Arbeitsmarkt?

[3] Deutsche Gesellschaft für Psychologie e.V. (2015). Nachrichten. Psychologische Rundschau, 66, 189–197. <https://doi.org/10.1026/0033-3042/a000282>.

[4] Middendorff, E., Apolinarski, B., Becker, K., Bornkessel, P., Brandt, T., Heißenberg, S. & Poskowsky, J. (2017). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

[5] Grützmaker, J.; Gusy, B.; Lesener, T.; Sudheimer, S.; Willige, J. (2018). Gesundheit Studierender in Deutschland 2017. Ein Kooperationsprojekt zwischen dem Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, der Freien Universität Berlin und der Techniker Krankenkasse.

[6] Rückert, H.-W. (2010). Besorgniserregend – Zur psychischen Stabilität der heutigen Studierendengeneration. Forschung und Lehre, 17, 488–489.